

An den Bürgermeister und die Fraktionen  
im Rat der Stadt Gronau

Per Mail

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund der Steuerzahler NRW e.V. hat die satzungsgemäße Aufgabe, die Öffentlichkeit über finanzpolitische Zusammenhänge zu informieren und der Politik Vorschläge für die Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens zu unterbreiten. **Die Planungen des Gronauer Rates zur deutlichen Erhöhung der Grundsteuern nehmen wir mit Sorge zur Kenntnis. Insbesondere die geplante Verdoppelung der Grundsteuer B von 479 v. H. auf 958 v. H. führt zu erheblichen Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Wirtschaft. Nach unseren aktuellen Erkenntnissen wäre dies die kräftigste Erhöhung in ganz Nordrhein-Westfalen. Daher appellieren wir an Sie, die Erhöhung abzulehnen.**

Die steuer- und finanzpolitischen Folgen für die kommunalen Haushalte, die durch die Pandemie und den russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelöst wurden, sind nicht zu verkennen. Auch die unzureichende Finanzausstattung der kommunalen Familie kann nicht von der Hand gewiesen werden. Nichtsdestotrotz gilt: Auch die Kommunen müssen erhebliche Kraftanstrengungen zu nachhaltigen Finanzen sowie der Verträglichkeit der Abgaben leisten. **Aus diesem Grunde empfehlen wir einen dauerhaften Konsolidierungsprozess.**

Dem Haushaltsplanentwurf für 2024 nach zu urteilen, wird die noch vorhandene Ausgleichsrücklage im Jahr 2027 vollständig abgeschmolzen sein. Die Lösung für einen ausgeglichenen Haushalt darf jetzt aber nicht allein auf der Erhöhung der Grundsteuern fußen. Auch im Haushaltsplan wird von der unumgänglichen Notwendigkeit von Aufwandsreduzierungen gesprochen. Wir empfehlen Ihnen als Mitglied des Gemeinderates deshalb dringend, den Haushalt auf der Ausgabenseite genaustens unter die Lupe zu nehmen und alle Einsparmöglichkeiten zu suchen. Verwaltung und Politik müssen sprichwörtlich jeden Stein umdrehen, bevor die Steuern erhöht werden! Steuererhöhungen dürfen nur das letzte Mittel der Wahl sein. Die bereits identifizierten Einsparmöglichkeiten müssen konsequent umgesetzt werden.

**Bei einem solchen, langfristigen Prozess der Konsolidierung empfehlen wir ebenso dringend, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.** Dadurch können die Probleme kommuniziert und gemeinsam angegangen werden. Beispiele dafür sind Beteiligungsformate, in denen die Bürgerinnen und Bürger Einsparpotentiale vorschlagen und bewerten können, oder auch der sogenannte Bürgerhaushalt. Offene Ehrlichkeit seitens Verwaltung und Politik tragen zu einer breiteren Akzeptanz der Bürgerschaft bei.

Eine an den Wünschen der Bürgerschaft und lokalen Wirtschaft orientierte Finanzpolitik sollte auf derartige Steuererhöhungen verzichten. Privathaushalte und Unternehmen leiden unter den einschneidenden Folgen der ungewöhnlich hohen Inflation. Manche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie örtlich ansässige Unternehmen stehen vor existenziellen Problemen. Nicht zuletzt ist auch die symbolische Kraft der Gemeindesteuern nicht zu unterschätzen. Gerade in der aktuellen Zeit, müssen solche Maßnahmen sorgfältig geprüft und überdacht werden, um keinen Nährboden für antidemokratische Kräfte zu bieten.

**Ferner darf nicht übersehen werden, dass die Grundsteuern ein wichtiger Standortfaktor sind,** und zwar nicht nur für die Menschen, die in der Gemeinde wohnen, sondern auch für das örtliche Gewerbe. Mit der zusätzlichen geplanten Verdoppelung der Grundsteuer B sowie der Erhöhung der Gewerbesteuer sollen die Unternehmen gleich mehrfach belastet werden. Unternehmen, die einen neuen Standort suchen, die in der Gründung oder bereits ansässig sind, orientieren sich auch an den örtlichen Abgaben, also an der Gewerbesteuer- und Grundsteuerbelastung. Hier gilt: Weniger ist mehr!

**Der BdSt NRW appelliert daher an die Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat:**

- Identifizieren Sie Konsolidierungsmöglichkeiten und setzen diese um.
- Passen Sie die Hebesätze nur nach dem Prinzip der *ultima ratio* an und senken diese sofort, wenn sich die Situation verbessert.
- Zu jeder Zeit sollten alle Bürgerinnen und Bürger bei der unumgänglichen Etatsanierung vollumfassend und vorab informiert werden.
- Bei allen Investitionsvorhaben sind Prioritäten zu setzen und die Wirtschaftlichkeit sollte im Vordergrund stehen. Rat und Öffentlichkeit sind laufend über kalkulierte Preissteigerungen zu informieren.
- Die Verschuldung ist perspektivisch zu reduzieren, jede neue Verschuldung ist mit einem verbindlichen Tilgungsplan zu versehen.

Alle Einsparmöglichkeiten sind ohne Ausnahmen schnell und konsequent zu suchen und umzusetzen. Hilfestellung beim Sparen bietet der „[Kommunalkompass](#)“ des Bundes der Steuerzahler, der im Internet kostenlos zur Verfügung steht.

Wir weisen darauf hin, dass wir diesen Appell allen Gronauer Ratsfraktionen, dem Bürgermeister sowie den Medien zur Verfügung gestellt haben.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Joscha Slowik  
Referent für Haushalts- und Finanzpolitik